

Inhaltsverzeichnis

Teil 1 Problemstellung

A. Arbeitsplatzerhaltung in der Insolvenz.....	17
B. Sanierung erfordert auch Personalkostensenkung	21
C. Möglichkeiten der Personalkostensenkung	23
I. Abbau zur Wertschöpfung nicht genutzter Fixkosten	24
1. Entlassungen.....	24
a) Betriebsbedingte Beendigungskündigungen	24
b) Aufhebungsverträge	24
aa) Abfindungen	25
bb) Transfersozialplan nach §§ 254 ff SGB III	25
cc) Betriebsorganisatorisch eigenständige Einheiten und Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften	26
2. Änderung der Arbeitszeitgestaltung.....	26
II. Senkung der Arbeitsentgelte der zur Fortführung des Geschäftsbetriebes weiter zu beschäftigenden Arbeitnehmer	27
D. Die Personalkostensenkung muß in der für die Sanierung erforderlichen Höhe kurzfristig mit einem hinreichenden Maß an Rechtssicherheit realisierbar sein	28
I. Erforderliche Höhe der Personalkostensenkung	28
II. Kurzfristige Personalkostensenkung	30
III. Ausreichendes Maß an Rechtssicherheit	34
E. Die gesetzlichen insolvenzspezifischen Hilfsmaßnahmen bewirken keine dauerhafte Personalkostensenkung	35
I. Insolvenzgeld	35
II. Kurzarbeitergeld	41
III. Personalkostenzuschüsse	44
IV. Arbeitslosengeld	45
V. Insolvenzschutz der Leistungen der betrieblichen Altersversorgung durch den Pensionssicherungsverein	46
VI. Ergebnis	49
F. Bereitschaft der Belegschaft zur Weiterarbeit zu geringeren Arbeitsentgelten im Insolvenzfall	50
G. Das geltende Insolvenz- und Arbeitsrecht muss im Sinne der Ermöglichung der Erhaltung von Arbeitsplätzen ausgelegt werden.....	53
H. Beurteilung der Sanierungstauglichkeit arbeitsrechtlicher Sanierungsinstrumente ...	59
I. Freiwilligkeits- und Widerrufsvorbehalt.....	61
II. Einvernehmliche Regelungen	67
1. Änderungsverträge	67

2. Aufhebungsverträge mit anschließender Neueinstellung	69
a) Wechsel in betriebsorganisatorisch eigenständige Einheit (beE) und anschließende Arbeitnehmerüberlassung an die Insolvenzschuldnerin	69
b) Wechsel in betriebsorganisatorisch eigenständige Einheit (beE) und anschließende Neueinstellung aus der beE durch einen Betriebswerker	71
III. Wegfall der Geschäftsgrundlage	73
IV. Massenänderungskündigungen	74
1. Ausspruch der Kündigungen	74
2. Soziale Rechtfertigung der Kündigungen nach dem KSchG	76
a) Arbeitsrechtliche Sonderregelungen der InsO	82
b) Neufassung des § 1 KSchG	95
3. Besonderer Kündigungsschutz für einzelne Arbeitnehmergruppen	98
a) Gesetzlicher besonderer Kündigungsschutz	98
b) Arbeitsvertraglicher und tarifvertraglicher Ausschluss der ordentlichen Kündigung	101
4. Mitbestimmung des Betriebsrates bei Änderungskündigungen	102
5. Zwischenergebnis	103
V. Kürzungsmöglichkeiten im Insolvenzplan nach §§ 217 ff InsO	103
I. Vorteile der Betriebsvereinbarung als Sanierungsinstrument	104
I. Unmittelbare und zwingende Wirkung für alle Arbeitnehmer im Sinne des § 5 BetrVG	104
II. Keine Beschränkung auf Betriebsänderungen nach Verfahrenseröffnung	109
III. Vermeidung der praktischen Schwierigkeiten von Massenänderungs- kündigungen	109
IV. Regelungsvorschläge für entgeltssenkende Betriebsvereinbarungen im Rahmen der Insolvenzrechtsreform	110
V. Europarechtliche Vorgaben für entgeltssenkende Betriebsvereinbarungen im Insolvenzverfahren	113
VI. Beurteilung der Zulässigkeit entgeltssenkender Betriebsvereinbarungen nach geltendem Recht	114

Teil 2

Rechtliche Wirksamkeit der Herabsetzung der Arbeitsentgelte durch Betriebsvereinbarung

A. Arbeitsvertragliche Entgeltvereinbarungen	122
I. Sachliche Regelungskompetenz der Betriebsparteien für Arbeitsentgelte	122
1. Lehre von der Verbandsbeziehung	123
2. Annexkompetenz nach § 111 BetrVG	125
3. Freiwillige Betriebsvereinbarung nach § 88 BetrVG	127
a) Herrschende Meinung: umfassende Regelungskompetenz	127
b) Beschränkung der Regelungskompetenz nach § 88 BetrVG auf Regelungen in sozialen Angelegenheiten zugunsten der Arbeitnehmer	128
c) Lehre von der kollektivfreien Individualsphäre	128
d) Lehre vom Schutzzweck der Betriebsvereinbarung	129
e) Lehre vom Verbot der Individualnorm	129
f) Stellungnahme	130
g) Ergebnis	133
4. Erzwingbare Betriebsvereinbarung nach § 87 BetrVG	134

a) Sperrwirkung des Tarifvertrages gemäß § 87 Abs.1 Eingangssatz BetrVG.....	134
b) Kollektiver Tatbestand.....	136
c) Umfang des Mitbestimmungsrechtes des Betriebsrates gemäß § 87 Abs.1 Nr.11 BetrVG.....	136
d) Umfang des Mitbestimmungsrechtes des Betriebsrates gemäß § 87 Abs.1 Nr.10 BetrVG.....	137
aa) Herrschende Meinung.....	138
bb) Erweiterung der Mitbestimmung bei der betrieblichen Lohngestaltung auf die generelle Bestimmung der Entgelthöhe.....	140
cc) Erweiterung der Mitbestimmung bei der betrieblichen Lohngestaltung auf die Senkung der Arbeitsentgelte	141
dd) Stellungnahme	141
(1) Generelle Mitbestimmung der Entgelthöhe	141
(2) Mitbestimmung bei der Entgeltkürzung	144
e) Folgen der erzwingbaren Mitbestimmung	153
aa) Wirksamkeit von Änderungsverträgen, Widerruf und Änderungskündigungen ohne Mitbestimmung.....	153
(1) Theorie der notwendigen Mitbestimmung.....	153
(2) Relativierung der Theorie der notwendigen Mitbestimmung ...	153
(2) Theorie der erzwingbaren Mitbestimmung.....	154
(4) Mitbestimmungsfreiheit in Notfällen.....	154
(5) Stellungnahme.....	155
bb) Unterlassungsanspruch des Betriebsrates	159
(1) Unterlassungsanspruch nach der Rechtsprechung des BAG	159
(2) Tatbestandsspezifischer Unterlassungsanspruch	159
(3) Theorie vom Regelungsanspruch	159
(4) Stellungnahme.....	160
f) Ergebnis	163
II. Grenzen der Regelungsmacht der Betriebsparteien	164
1. Arbeitsvertragsfreiheit der Arbeitnehmer nach Art.12 Abs.1 GG.....	165
a) Schutzbereich.....	165
b) Sicherung des Schutzbereiches durch das Günstigkeitsprinzip.....	166
aa) Geltung des Günstigkeitsprinzips	166
(1) Ablehnung der Geltung des Günstigkeitsprinzips im Verhältnis zwischen Arbeitsvertrag und Betriebsverein- barung.....	166
(2) Rechtsprechung des BAG.....	167
(3) Stellungnahme.....	168
bb) Inhalt des Günstigkeitsvergleiches nach herrschender Meinung	170
c) Einschränkung oder Modifizierung des Günstigkeitsprinzips	173
aa) Allgemeine Arbeitsbedingungen	174
(1) Umstrukturierende Betriebsvereinbarungen	175
(2) Verschlechternde Betriebsvereinbarung.....	177
(a) Generelle Ablehnung der Anwendung des Günstigkeitsprinzips auf das Verhältnis zwischen allgemeinen Arbeitsvertragsbedingungen und Betriebsvereinbarungen.....	178
(aa) Anwendung des Ordnungsprinzips.....	178
(bb) Anwendung des Ablösungsprinzips.....	179
(cc) Normsetzungsprärogative der Betriebsparteien	179
(dd) Schutzzweck des § 77 Abs.4 BetrVG	181
(b) Fallgruppenbezogene Einschränkung der Anwendung des Günstigkeitsprinzips auf das Verhältnis zwischen allgemeinen Arbeitsbedingungen und Betriebs- vereinbarungen.....	182

(aa) Betriebsnormen.....	182
(bb) Rechtsprechung des BAG.....	186
α) Verschlechternde Betriebsvereinbarung bei Vorbehalt der Abänderung durch Betriebsvereinbarung.....	186
β) Verschlechternde Betriebsvereinbarung bei Wegfall der Geschäftsgrundlage.....	188
(cc) Ersetzung von Änderungskündigungen durch verschlechternde Betriebsvereinbarung.....	191
(c) Ergebnis.....	193
bb) Individuell vertraglich vereinbarte Ansprüche auf Arbeitsentgelt..	193
(1) Ordnungsprinzip und Ablösungsprinzip.....	195
(2) Lehre von der Normsetzungsprärogative.....	195
(3) Schutzfunktion des § 77 Abs.4 BetrVG.....	195
(4) Ausschluss der Anwendung des Günstigkeitsprinzips auf Betriebsnormen.....	196
(5) Einbeziehung der Beschäftigungssicherung in den Günstigkeitsvergleich.....	196
(6) Ausschluss der Anwendung des Günstigkeitsprinzips bei Ersetzung sozial gerechtfertigter Massenänderungskündigungen durch eine entgeltsenkende Betriebsvereinbarung.....	200
(a) Teleologische Reduktion des Günstigkeitsprinzips.....	201
(b) Partielle Anerkennung der Zulässigkeit der Ersetzung individualrechtlicher Gestaltungsrechte durch Betriebsvereinbarung in der Rechtsprechung des BAG.....	204
(c) Erweiterung der Zulässigkeit der Ersetzung individualrechtlicher Gestaltungsmittel durch Betriebsvereinbarungen auf Änderungskündigungen.....	206
(d) Erweiterung der Zulässigkeit der Ersetzung individualrechtlicher Gestaltungsrechte durch Betriebsvereinbarungen auf individuell vertraglich vereinbarte Ansprüche.....	209
(e) „actus contrarius“-Theorie.....	212
(f) Ergebnis.....	213
d) Eingriff in den Schutzbereich des Art.12 Abs.1 GG.....	214
e) Rechtfertigung eines Eingriffes in den Schutzbereich.....	215
aa) § 87 BetrVG als hinreichende gesetzliche Ermächtigungsgrundlage.....	215
bb) Zitiiergebot.....	217
cc) Verfassungsrechtlicher Rechtfertigungsgrund: Schutz der Berufsfreiheit und Eigentumsfreiheit des Arbeitgebers.....	218
(1) Eignung.....	219
(2) Erforderlichkeit.....	220
(3) Angemessenheit.....	223
(a) Abstrakte Billigkeitskontrolle.....	226
(aa) Inhaltskontrolle nach Maßgabe der §§ 2, 75 BetrVG.....	226
α) § 2 BetrVG.....	226
β) § 75 Abs.1 BetrVG.....	227
γ) § 75 Abs.2 BetrVG.....	228
δ) Anforderungen an die Entgeltsenkung durch Betriebsvereinbarung nach §§ 2, 75 BetrVG.....	228

(α) Leistungen der betrieblichen	
Altersversorgung	228
(αα) Anwartschaften	228
(ββ) Versorgungsleistungen	232
(β) Sonstige Leistungen	234
(bb) Inhaltskontrolle nach Maßgabe des § 2 iVm	
§ 1 KSchG	236
α) Senkung von Arbeitsentgelten zur Vermeidung der Stilllegung des Betriebes	237
β) Senkung von Arbeitsentgelten zur Vermeidung der Reduzierung der Belegschaft des Betriebes	240
γ) Senkung von Arbeitsentgelten zur Vorbereitung der Betriebsveräußerung	244
(b) Konkrete Billigkeitskontrolle	247
f) Ergebnis	250
2. Koalitionsfreiheit der Tarifvertragsparteien nach Art.9 Abs.3 GG	252
3. Positive Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer nach Art.9 Abs.3 GG	254
4. § 77 Abs.3 BetrVG	254
5. Wirkung der entgeltsenkenden Betriebsvereinbarung	257
6. Ergebnis	260
B. Betriebsvereinbarungen	261
I. Wirkung von Betriebsvereinbarungen	261
II. Geltung von Betriebsvereinbarungen im Insolvenzverfahren	262
III. Befristung	262
1. Beendigung der normativen Wirkung	262
2. Nachwirkung gemäß § 77 Abs.6 BetrVG	263
3. Wiederaufleben arbeitsvertraglicher Entgeltansprüche	264
IV. Anfechtung	267
V. Widerruf	268
VI. Änderungskündigung der Betriebsvereinbarung	268
VII. Ordentliche Beendigungskündigung der Betriebsvereinbarung	269
1. Kündigung gemäß § 77 Abs.5 BetrVG	269
2. Kündigung gemäß § 120 Abs.1 InsO	269
a) Vorherige Beratung über Herabsetzung	272
b) Kündigung bei verlängerter Kündigungsfrist	273
c) Kündigung bei Ausschluss der ordentlichen Kündigung	273
3. Wirkung der Kündigung	275
a) Erworbene Rechtspositionen	275
b) Nachwirkung	276
c) Wiederaufleben arbeitsvertraglicher Ansprüche nach Kündigung der Betriebsvereinbarung	280
VIII. Wegfall der Geschäftsgrundlage der Betriebsvereinbarung	280
IX. Außerordentliche Kündigung der Betriebsvereinbarung	283
X. Wegfall des Betriebsrates	285
XI. Einvernehmliche Herabsetzung oder Aufhebung der Leistungspflichten durch Betriebsvereinbarung	285
1. Herabsetzung durch verschlechternde Betriebsvereinbarung	285
2. Aufhebung der Betriebsvereinbarung	287
XII. Besonderheiten der Beendigung und Änderung von umstrukturierenden Betriebsvereinbarungen	288
XIII. Regelungsabreden	291
XIV. Betriebsveräußerung	293
XV. Verschmelzung, Spaltung, Vermögensübertragung und Formwechsel	295

XVI. Ergebnis	297
C. Senkung tarifvertraglicher Arbeitsentgelte durch Betriebsvereinbarung	298
I. Unmittelbare und zwingende Wirkung von Tarifverträgen	299
II. Bereitschaft der Belegschaft zur Weiterarbeit zu untertariflichen Arbeitsentgelten im Insolvenzfall	301
III. Fortgeltung von Tarifverträgen im Insolvenzverfahren	303
1. Wirkung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens auf den Tarifvertrag	303
a) Kein Wahlrecht des Insolvenzverwalters	303
b) Beendigung der Verbandsmitgliedschaft	304
2. Änderung des Gegenstandes der betrieblichen Tätigkeit	307
3. Ausgründung	309
4. Insolvenzplan	311
5. Unverhältnismäßigkeit der normativen Wirkung des Tarifvertrages im Insolvenzfall	311
a) Eingriff in die durch Art. 12 GG geschützte Arbeitsvertragsfreiheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch tarifvertragliche Entgeltregelungen	313
aa) Austritt aus der Tarifvertragspartei	313
bb) Öffnungsklausel nach § 4 Abs.3 1. Alt. TVG	314
cc) Günstigkeitsprinzip nach § 4 Abs.3 2. Alt. TVG	314
b) Rechtfertigung des Eingriffes der Tarifvertragsparteien in die Privatautonomie durch Art. 9 Abs.3, 20, 28 GG	316
c) Begrenzung des Grundrechtseingriffes durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	317
aa) Unverhältnismäßigkeit der Fortgeltung eines Firmentarif- vertrages	318
(1) Eignung	318
(2) Erforderlichkeit	318
(3) Angemessenheit	318
bb) Unverhältnismäßigkeit der Fortgeltung eines Verbandstarif- vertrages	323
d) Rechtsfolgen der Unverhältnismäßigkeit des Tarifvertrages im Insolvenzverfahren	325
aa) Beendigung der zwingenden Wirkung des Tarifvertrages	325
(1) Anpassung nach den Grundsätzen des Wegfalls der Geschäftsgrundlage	325
(2) Außerordentliche Kündigung des Tarifvertrages	325
(3) Unwirksamkeit der Tarifnorm	326
(4) Beendigung der zwingenden Wirkung des Tarifvertrages im Wege der teleologischen Reduktion	326
(5) Stellungnahme	327
bb) Wiedereintritt der normativen Wirkung des Tarifvertrages	333
e) Ergebnis	333
IV. Herabsetzung tarifvertraglicher Arbeitsentgelte durch Betriebsvereinbarung	334
1. Regelungskompetenz der Betriebsparteien für die Kürzung von Arbeitsentgelten nach § 87 Abs.1 Nr.10, 11 BetrVG	334
2. Grenzen der Regelungsbefugnis	335
a) Vertragsfreiheit der Arbeitnehmer nach Art. 12 Abs.1 GG	336
b) Positive Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer nach Art.9 Abs.3 GG	338
aa) Schutzbereich	338
bb) Eingriff in den Schutzbereich	338
cc) Rechtfertigung eines Eingriffes in den Schutzbereich	339
c) Koalitionsfreiheit der Tarifvertragsparteien nach Art.9 Abs.3 GG	344
aa) Schutzbereich	344

bb) Eingriff in den Schutzbereich	345
(1) Öffnungsklausel.....	345
(2) Keine Öffnungsklausel	348
cc) Rechtfertigung des Grundrechtseingriffes	348
d) Negative Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer nach Art.9 Abs.3 GG ..	353
e) § 87 Abs.1 Eingangssatz BetrVG	354
f) § 77 Abs.3 BetrVG	355
aa) Vorrangtheorie.....	355
bb) Zwei-Schranken-Theorie	356
cc) Stellungnahme	356
dd) Ergebnis.....	358
g) Gesetzliche Grenzen der Herabsetzung von Arbeitsentgelten	
unter das Tarifniveau	359
aa) § 291 StGB	359
bb) §§ 117 ff SGB III.....	360
V. Ergebnis.....	361

Teil 3

Rechtliche Wirksamkeit der Herabsetzung der Arbeitsentgelte gegenüber leitenden Angestellten durch Richtlinie gemäß § 28 SprAuG

A. Vertraglich vereinbarte Arbeitsentgelte.....	363
I. Regelungskompetenz	363
II. Grenzen der Regelungsmacht	364
1. Art. 12 GG	364
2. Art. 9 Abs.3 GG.....	365
3. Tarifvorrang.....	365
4. Tarifüblichkeit	366
5. Ergebnis	366
B. Ansprüche aus Richtlinien gemäß § 28 Abs.2 SprAuG.....	367
I. Wirkung der Richtlinien	367
II. Geltung im Insolvenzverfahren.....	367
III. Befristung	367
IV. Anfechtung	367
V. Ordentliche Kündigung	368
VI. Wegfall der Geschäftsgrundlage	369
VII. Außerordentliche Kündigung	369
VIII. Wegfall des Sprecherausschusses	370
IX. Aufhebung	370
X. Änderung durch neue Richtlinie.....	370
XI. Umstrukturierende Richtlinie.....	371
XII. Regelungsabrede nach § 28 Abs.1 SprAuG.....	372
XIII. Betriebsübergang und Unternehmensumwandlung.....	372
XIV. Ergebnis.....	372
C. Ansprüche aus Tarifverträgen.....	374

Teil 4

Prozessuale Behandlung der Herabsetzung der Arbeitsentgelte durch Betriebsvereinbarung und Sprecherausschuss-Richtlinie

A. Durchführung des Einigungsstellenverfahrens nach §§ 87 Abs.2, 76 BetrVG.....	376
I. Initiativrecht.....	376

1. Bestehen eines Initiativrechtes des Betriebsrates in Mitbestimmungsangelegenheiten nach § 87 BetrVG.....	376
2. Beschränkung des Initiativrechtes durch den Gesetzeszweck.....	377
3. Beschränkung des Initiativrechtes durch den Schutz unternehmerischer Entscheidungsfreiheit.....	378
4. Ergebnis.....	382
II. Einrichtung der Einigungsstelle.....	382
III. Erlass einstweiliger Anordnungen im Einigungsstellenverfahren.....	387
B. Arbeitsgerichtliches Beschlussverfahren zur Feststellung der Rechtmäßigkeit der Herabsetzung der Arbeitsentgelte durch Betriebsvereinbarung.....	388
I. Zulässigkeit des Antrages.....	388
II. Begründetheit des Antrages.....	390
1. Eingeschränkte Überprüfbarkeit der Prognose des Insolvenzverwalters bei der Aufstellung von Finanzplänen.....	390
2. Tatbestandswirkung eines nach § 254 InsO vom Insolvenzgericht rechtskräftig bestätigten Insolvenzplanes gegenüber dem Arbeitsgericht.....	393
III. Bindungswirkung der arbeitsgerichtlichen Entscheidung im Beschlussverfahren gegenüber den Arbeitnehmern.....	396
1. Herrschende Meinung.....	396
2. Einschränkung der Bindungswirkung.....	396
3. Ablehnung der Bindungswirkung.....	397
4. Stellungnahme.....	397
a) Rechtskraft der Entscheidung.....	397
b) Rechtskrafterstreckung.....	399
aa) § 325 ZPO.....	399
bb) § 327 ZPO.....	400
c) Lehre von der Drittwirkung der Rechtskraft.....	400
d) Lehre von der Erstreckung der Rechtskraft bei materiell-rechtlicher Abhängigkeit.....	401
e) Präjudizialität.....	402
f) Bindungswirkung gemäß § 68 ZPO bei Nebenintervention.....	403
g) Materiell-rechtliche Bindungswirkung der Entscheidung des Arbeitsgerichtes im Beschlussverfahren gemäß § 77 Abs.4 BetrVG....	404
h) § 9 TVG analog.....	406
aa) Analoge Anwendung auf Entscheidungen in betriebsverfassungsrechtlichen Streitigkeiten.....	406
bb) Ablehnung der Analogie zu § 9 TVG.....	407
cc) Stellungnahme.....	408
(1) Planwidrige Regelungslücke.....	408
(2) Gleich zu bewertende Interessenlage.....	409
(3) Verfassungskonformität der Analogie.....	409
dd) Ergebnis.....	413
C. Arbeitsgerichtliches Beschlussverfahren zur Feststellung der Rechtmäßigkeit der Herabsetzung der Arbeitsentgelte durch Sprecherausschuss-Richtlinie.....	413
D. Gerichtliches Verfahren zur Feststellung der Unverhältnismäßigkeit der zwingenden Wirkung des Tarifvertrages.....	414
I. Entscheidung im Urteilsverfahren.....	414
1. Zulässigkeit des Antrages.....	414
2. Begründetheit des Antrages.....	416
3. Umfang der Bindungswirkung der gerichtlichen Entscheidung.....	416
a) Entscheidung über Firmentarifverträge.....	416
b) Entscheidung über Verbandstarifverträge.....	417
II. Entscheidung im Beschlussverfahren.....	419

Teil 5

Zusammenfassung der Ergebnisse

Teil 2 A.: Herabsetzung von Ansprüchen aus arbeitsvertraglichen Entgeltvereinbarungen durch Betriebsvereinbarung.....	420
Teil 2 B.: Herabsetzung von Ansprüchen aus Betriebsvereinbarungen.....	421
Teil 2 C.: Herabsetzung von Ansprüchen aus Tarifverträgen durch Betriebsvereinbarung.....	423
Teil 3 A.: Herabsetzung von Ansprüchen aus arbeitsvertraglichen Entgeltvereinbarungen durch Sprecherausschuss-Richtlinie	425
Teil 3 B.: Herabsetzung von Ansprüchen aus Sprecherausschuss-Richtlinien	425
Teil 3 C.: Herabsetzung von Ansprüchen aus Tarifverträgen durch Sprecherausschuss-Richtlinie	427
Teil 4 A.: Durchführung des Einigungsstellenverfahrens nach §§ 87 Abs.2, 76 BetrVG.....	428
Teil 4 B.: Arbeitsgerichtliches Beschlussverfahren zur Feststellung der Rechtmäßigkeit der Herabsetzung der Arbeitsentgelte durch Betriebsvereinbarung.....	428
Teil 4 C.: Arbeitsgerichtliches Beschlussverfahren zur Feststellung der Rechtmäßigkeit der Herabsetzung der Arbeitsentgelte durch Sprecherausschuss-Richtlinie	430
Teil 4 D. I.: Feststellung der Beendigung der zwingenden Wirkung des Tarifvertrages im Urteilsverfahren.....	430
Teil 4 D. II.: Feststellung der Unverhältnismäßigkeit der Fortgeltung der zwingenden Wirkung des Tarifvertrages im Beschlussverfahren	431
Literaturverzeichnis	433
Stichwortverzeichnis	457